

Zahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Veröffentlichungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Bezugspreis durch die
Geschäftsstelle oder durch
Boten vierteljährlich
Mark. Durch die Post frei
ins Haus Mark.

Nr. 27.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Franz Schickel in Oberlahnstein.

Samstag, den 15. Februar 1919.

Für die Redaktion verantwortlich:
Eduard Schickel in Oberlahnstein.

56. Jahrgang.

Aufruf.

An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. **Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos.** Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. **Landwirte, Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Selbst auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen.** Geht ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. **Baut Wege, melioriert Euer Felder und Wälder, mocht Waldbearbeiten, kurz schafft Arbeit!** Das ist jetzt eine hohe sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch u. braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Reichsamt

für die wirtschaftliche Demobilisierung

(Demobilisierungsamt),

Koeln.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der General-Kommandant, Chef der Militierten Armeen, macht bekannt, daß er das Erscheinen folgender amtlichen Zeitungen im besetzten Gebiet gestattet:

1. Des Reichsanzeigers (Anzeiger für das deutsche Reich),
2. Der Staatsanzeiger (Anzeiger der Bundesstaaten),
Preuß. Staatsanzeiger,
Bayr. Staatsanzeiger,
Oldenburg. Staatsanzeiger,
Hess. Staatsanzeiger.

Folglich treten alle Bekanntmachungen, Beschlüsse oder Verordnungen, die in diesen Zeitungen enthalten sind, vom Tage ihrer Veröffentlichung in den besetzten Gebieten wirklich in Kraft, vorausgesetzt, daß das französische Oberkommando sie nicht unterlagert oder für ungültig erklärt.

Der Inhalt jeder, einer deutschen Behörde zugehender, amtlichen Zeitung muß sofort dem zuständigen Kreisverwalter mitgeteilt werden.

Dieser Kreisverwalter wird solche Bestimmungen vorläufig für ungültig erklären, die er dem französischen Interesse für zuwider erachtet. Den deutschen Behörden wird von dem Verbot Mitteilung gemacht. Sie werden ebenfalls davon in Kenntnis gesetzt, daß, wenn auch die durch die Zeitungen veröffentlichten Verordnungen im Einverständnis des Kreisverwalters in Anwendung gebracht worden sind, sich das Oberkommando das Recht vorbehält, sie zu jeder Zeit für ungültig zu erklären.

St. Goarshausen, den 8. Februar 1919.

Die militärische Verwaltung des Kreises St. Goarshausen.

J. B.: ge. Girodit.

Wird hiermit veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 11. Februar 1919.

Der Landrat.

J. B.: Riewöhner.

Bekanntmachung.

Die Feststellung des Wahlergebnisses für die verfassunggebende preussische Landesversammlung, 19. Wahlkreis, durch den Wahlschluß hat folgendes Resultat gehabt.

Abgegeben wurden insgesamt 1 057 841 gültige Stimmen.

Davon entfallen auf Wahlvorschlag

- | | |
|------------|------------------|
| I. Gehehus | 65 198 Stimmen, |
| II. Gräf | 425 377 Stimmen, |
| III. Rade | 228 312 Stimmen, |
| IV. Ritter | 101 992 Stimmen, |
| V. Schwarz | 199 752 Stimmen, |
| VI. Seuber | 37 210 Stimmen. |

Auf die verbundenen Wahlvorschläge I, IV, V entfallen 366 942 gültige Stimmen.

Es erhalten Sitz:

- | | |
|-------------------|------------|
| Wahlvorschlag I | = 1 Sitz, |
| Wahlvorschlag II | = 9 Sitze, |
| Wahlvorschlag III | = 5 Sitze, |
| Wahlvorschlag IV | = 2 Sitze, |
| Wahlvorschlag V | = 5 Sitze, |
| Wahlvorschlag VI | = 0 Sitze. |

Als Abgeordnete sind demnach gewählt vom:

Wahlvorschlag I: Gehehus.

Wahlvorschlag II: Gräf, Hauschildt, Schreiber, Weber, Ege, Orjenski, Häfe, König, Wittich.

Wahlvorschlag III: Rade, Ehlers, Kimpel, Goll, Peilbrunn.

Wahlvorschlag IV: Ritter, Werner.

Wahlvorschlag V: Schwarz, Rhiel, Gerkenrath, Drinnenberg, Wentrup.

Wahlvorschlag VI: keinen Sitz.

Cassel, den 1. Februar 1919.

Der Wahlkommissar,

für die verfassunggebende preussische Landesversammlung,

19. Wahlkreis.

von Lenke.

Im An- und an mein Schreiben vom 5. Dezember 1918 — I. A. 14513 — sehe ich mich veranlaßt, zur Festlegung von Zweifeln noch folgendes mitzuteilen:

1) Für die im § 2 geforderten Bescheinigungen sind nach einer Verfügung des Preuß. Kriegsministers die Truppenteile, Bataillone oder selbständigen Kompanien, Ersatztruppenteile und die außer diesen in Frage kommenden militärischen Dienststellen, Behörden und Lazarette allein zuständig. Bedinglich auf Grund der von den genannten militärischen Stellen ausgestellten Bescheinigungen darf daher auch die Zahlung der Familienunterstützung über den 31. Dezember 1918 hinaus erfolgen.

Den nach dem 30. November 1918 noch in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht befindlichen Mannschaften dürfen Bescheinigungen der gedachten Art von den militärischen Stellen nicht erteilt werden. Ob sich die Heeresangehörigen in Erfüllung der aktiven Dienstpflicht befinden, bedarf

daher an sich nicht der Nachprüfung durch die Lieferungsverbände. Allerdings bleiben diese verpflichtet, ihrerseits gegebenenfalls Nachforschungen anzustellen, falls sie mit Recht annehmen zu können glauben, daß Bescheinigungen von den militärischen Stellen zu Unrecht ausgestellt sind.

Verschiedentlich ist um Auskunft erachtet worden, welche Militärpersonen als in Ausübung ihrer aktiven Dienstpflicht befindliche anzusehen sind. Es ist dieserhalb Nachfrage bei dem Kriegsministerium gehalten worden. Da mir eine Antwort bisher nicht zugegangen ist, muß weitere Mitteilung vorbehalten bleiben.

2) Nach § 2 Abs. 1 der Verordnung vom 9. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1411) sind die Lieferungsverbände von allen Entlassungen nach dem 30. November 1918 durch die Militärbehörden zu verständigen. Die Truppenteile sind von dem Kriegsministerium noch ausdrücklich angewiesen worden, nachzuprüfen, ob auch bei allen nach dem 30. November 1918 erfolgten Entlassungen Benachrichtigung stattgefunden hat. Andernfalls soll dies nachträglich geschehen. Der Erlaß des Kriegsministeriums vom 24. Dezember 1917 (Armee-Verordnungsblatt S. 639/41) wird hierbei entsprechende Anwendung finden.

3) Hinsichtlich der Gewährung von Familien-Unterstützung während etwigen Urlaubs an die nach dem 30. November 1918 noch bei den Truppen verbleibenden Mannschaften ist nach den Bestimmungen des Rundschreibens vom 21. Juni 1917 — I. A. 8911 — zu verfahren. Nach diesen sind während eines Urlaubs bis zu einem Monat die Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit weiter zu gewähren. Bei längerer Beurlaubung, sowie bei Beurlaubungen bis zur Entlassung oder bis zur Entscheidung über zu gewährende Rente ist die Weiterzahlung von der Nachprüfung der Bedürftigkeit abhängig.

4) Die Witwen und Waisen (eheliche und legitimierte Kinder) der Gefallenen erhalten an sich, da ihnen Hinterbliebenenbezüge zustehen, die Familienunterstützung weiter gezahlt, bis die gesetzlichen Versorgungsgebühren gewährt werden. Die über 3 Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem ab Hinterbliebenenbezüge zuständig sind, etwa gezahlten Familienunterstützungen sind dann bei der Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge in gleicher Weise wie bisher zur Berechnung zu bringen. Welsch ist nun aber auch der Tod von Kriegsteilnehmern während des Krieges eingetreten, ohne daß die Hinterbliebenen (Witwen und Waisen, eheliche und legitimierte Kinder) Anspruch auf gesetzliche Versorgungsgebühren haben. In diesen Fällen würde nach § 10 Abs. 5 des Familienunterstützungsgesetzes die Unterstützung weiter gezahlt worden sein, bis die Forderung, der der Verstorbene angehörte, auf den Friedensfuß zurückgeführt oder aufgelöst war. Da diese Bestimmung nicht mehr Anwendung findet, müssen jetzt nach der Verordnung vom 9. Dezember 1918 in solchen Fällen die Familienunterstützungen am 31. Dezember 1918 an sich in Fortfall kommen. Die Lieferungsverbände werden daher in den einzelnen Fällen zu prüfen und die Angehörigen je nach Lage des Falles darüber zu hören haben, ob das Verfahren bezüglich der Gewährung von Hinterbliebenenbezüge bereits zum Abschluß gekommen ist. Ist dies der Fall, so muß die Zahlung der Familienunterstützung mit dem 31. Dezember 1918 eingestellt werden. In zweifelhaften Fällen wird im übrigen den Familien anheimgegeben sein, sich umgehend eine Bescheinigung des Kriegsministeriums oder der vom Kriegsministerium bezeichneten Stelle darüber zu verschaffen, daß das Verfahren betreffend Festlegung der Hinterbliebenenbezüge, noch nicht rechtskräftig zum Abschluß gekommen ist. Abhängig davon werden auch die Lieferungsverbände selbst Nachfrage beim Kriegsministerium zu halten haben. Ausdrücklich bemerkt wird noch, daß in den fraglichen Fällen jedenfalls die Familienunterstützung an die Witwen und Waisen weiter zu gewähren sein wird, bis Klarstellung erfolgt ist. Härten müssen auf jeden Fall vermieden werden. Im übrigen bleibt vorbehalten, demnachst noch einen einheitlichen Termin festzusetzen, mit dem die sämtlichen an die Hinterbliebenen zu zahlenden Familienunterstützungen in Fortfall zu kommen haben.

Den Angehörigen Gefallener, außer den Witwen und Waisen, z. B. den Eltern, unehelichen Kindern, Stiefeltern, Stiefgeschwistern steht nach der Verordnung vom 9. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1411) ein Recht auf Zahlung der Familien-Unterstützung nach dem 31. Dezember 1918 nicht mehr zu. Es wird jedoch erachtet, die Eltern und unehelichen Kinder, soweit Bedürftigkeit vorliegt, im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen. Dies kann aber nur geschehen, soweit und solange die Eltern und die unehelichen Kinder nicht etwa Kriegselterngehalt oder sonstige Zuwendungen aus militärischen Fonds erhalten.

Bemerkt wird noch ausdrücklich, daß den übrigen Angehörigen verstorbener Kriegsteilnehmer außer den Witwen und Waisen, Eltern und unehelichen Kindern Unterstützun-

gen über den 31. Dezember 1918 hinaus nicht mehr gewährt werden können.

5. Wie schon in dem Rundschreiben vom 5. Dezember 1918 — I. A. 14 513 ausgeführt, ist den Familien nachweislich Gefangener die Familienunterstützung bis zu ihrer Entlassung nach der Rückkehr weiter zu gewähren. Da den Angehörigen der aktiv Dienenden nach dem 31. Dezember 1918 Familienunterstützung nicht mehr gewährt werden kann, so würden auch die Familien von Gefangenen, die noch aktiv dienen, Unterstützung nicht mehr erhalten. Es wird ergebnislos erachtet, diese Familien im Wege der Kriegswohlfahrtspflege in gleicher Höhe wie bisher zu unterstützen und in derselben Weise bezüglich der Angehörigen derjenigen aktiv dienenden Mannschaften zu verfahren, die sich noch bei den Truppen außerhalb der deutschen Grenze befinden, z. B. der Angehörigen von Militärpersonen, die bei der Armee Mochen oder in der Ukraine stehen. Der Nachweis der Gefangenschaft wird in allen Fällen von den Angehörigen verlangt werden müssen.

6. Für die Familien Vermisster gilt das bezüglich der Familien Gefallener Gesagte. Es erhalten also an sich nach dem Wortlaut der Verordnung nur die Frauen und ehelichen bzw. legitimierte Kinder Vermisster über den 31. Dezember 1918 hinaus die Unterstützung weiter gezahlt, und zwar so lange, bis sie Versorgungsgebühren oder entsprechende Vorschüsse erhalten. Für die übrigen Angehörigen Vermisster fällt an sich die Familien-Unterstützung mit dem 31. Dezember 1918 fort. Es wird jedoch auch hier erachtet, die Eltern und unehelichen Kinder Vermisster für den Fall der Bedürftigkeit im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen, wenn sie nicht Kriegselterngeld oder sonstige Zuwendungen erhalten.

7. Der Grenzschutz Ost ist, soweit hierher mitgeteilt worden ist, jetzt vollkommen militärisch organisiert, sodass die im Grenzschutz dort tätigen Leute als Heeresangehörige anzusehen und diesen entsprechend zu behandeln sind. Es steht ihren Angehörigen also bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen ein Anspruch auf Familienunterstützung zu.

Ich bitte, die Lieferungsverhältnisse umgehend hiernach mit Anweisung versehen zu wollen.

Berlin W. 8, den 23. Dezember 1918.

Wilhelmstraße 74.

Reichsamt des Innern.

In Vertretung: L e w a l d.

An sämtliche Bundesregierungen (Preußen: Ministerium des Innern).

Vorstehende Verordnung zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Hiernach wird für Eltern und uneheliche Kinder von lebigen Gefallenen, Verstorbenen und Vermissten, nach dem 31. Dezember 1918, Familien-Unterstützung nicht mehr gezahlt. Diese Angehörigen können soweit sie noch keine Zuwendungen erhalten, im Falle der Bedürftigkeit im Wege der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden. Die Ausgaben hierfür, sind monatlich nachträglich beim Kreisamtschutz anzufragen. Für andere Angehörige, Geschwister, Stiefgeschwister, Stiefeltern dürfen nach dem 31. Dezember 1918, weder Familien-Unterstützung noch Unterstützungen im Wege der Kriegswohlfahrtspflege gezahlt werden.

Für die Ehefrauen und eheliche bzw. legitimierte Kinder von Gefallenen, Verstorbenen und Vermissten, ist die Unterstützung wie bisher weiterzuzahlen, während bei den Eltern von verheirateten Kriegsteilnehmern, welche bis 31. Dezember 1918 Familienunterstützung erhalten haben, ebenso wie bei den Eltern lediger zu verfahren ist.

Die Angehörigen von aktiv dienenden Mannschaften können ebenfalls im Wege der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden, aber nur dann, wenn sich die Mannschaften bei den Truppen außerhalb der deutschen Grenze oder in Gefangenschaft befinden (Abs. Nr. 5), da die bisherige Familien-Unterstützung für solche Mannschaften nach dem 31. Dezember 1918 nicht mehr gezahlt werden darf. An die

Angehörigen von Gefangenen, außer den noch aktiv dienenden Truppen ist die Familien-Unterstützung wie bisher weiterzuzahlen.

St. Goarshausen, den 31. Januar 1919.

Kreisamtschutz des Kreises St. Goarshausen.

Der Vorsitzende.

J. R.: J a u n.

District de Wiesbaden.

Nr.: 1786.

Herr Karl Eichberg, hier, teilt uns mit, daß er nicht identisch ist mit Herrn Sanitätsrat Dr. med. Friedrich Eichberg, Adolfsallee 47, welcher vor kurzem wegen Verleumdung einer Belgierin, die er mit den Worten (pourrie de France) beschimpfte, zu 6 Monaten Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und 5 M. Entschädigung verurteilt wurde.

Wiesbaden, den 4. Februar 1919.

P. O. le Capitaine Adjoint

geg. Unterschrift.

Wird hiermit auf Anordnung der militärischen Verwaltung des Kreises veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 12. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R.: R i e w ö h n e r.

Bekanntmachung

Nr. J. R. 790/12. 18. R. R. A.

Nu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 939) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die gewerbmäßige Herstellung von Mischungen aus
1. schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat,
2. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat,
3. schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat u. Kali,
4. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat und Kali
wird mit der Maßgabe gestattet, daß die fertige Mischung mindestens 4 v. H. wasserlöslicher Phosphorsäure und höchstens 4 v. H. Kali (K₂O) enthält.

Artikel II.

Die gewerbmäßige Herstellung dieser Mischungen ist nur denen gestattet, die sie schon vor dem 1. August 1914 gewerbmäßig hergestellt haben.

Artikel III.

Der Preis der Mischungen berechnet sich nach dem Höchstpreis für Stickstoff und Phosphorsäure. Der Kalipreis darf 30 Pfg. für das Kilo Kali (K₂O) nicht übersteigen. Als Mischlohn dürfen außer dem Höchstpreis 2,20 M. für 100 Kg. berechnet werden.

Artikel IV.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Dezember in Kraft.
Berlin, den 21. Dezember 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung.
(Demobilisierungsamt.)

Roeth.

Wird veröffentlicht mit dem Ersuchen um ortsübliche Bekanntmachung.

St. Goarshausen, den 3. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R.: J a u n.

Bekanntmachung

betr. Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzensinter.
Nr. J. R. 1080/12. 18. R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Die auf Grund des Ersuchens des Kriegsministeriums, Kriegsamt vom 16. Juni 1917 Nr. Wt. 848/6. 17. R. R. A. erlassenen Bekanntmachungen der Militärbehörden, betreffend Höchstpreise für Eisen und Stahl (Roheisen und Rohstahl, Halbzeug und Erzeugnisse aus Eisen und Stahl gewalzt oder gezogen) sowie die Bekanntmachung betreffend

Höchstpreise für Walzensinter Nr. E. 750/8. 18. R. R. A. vom 10. August 1918 treten mit Wirkung ab 1. Januar 1919 außer Kraft.

Durch diese Aufhebung wird die Wirksamkeit von Verträgen, die zur Zeit des Bestehens der festgesetzten Höchstpreise abgeschlossen worden sind, nicht berührt. Ist in solchen Verträgen der Preis durch den jeweils zur Zeit der Lieferung geltenden Höchstpreis bestimmt, so tritt an die Stelle des Höchstpreises der zur Zeit der Lieferung angemessene Preis. Für Lieferungen, die zum Zwecke der Ausführung von Notarbeiten im Sinne der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung Nr. II. 190/18. D. M. A. vom 21. November 1918 auszuführen sind, dürfen keine höheren Preise gefordert oder gezahlt werden, als die im letzten Vierteljahr 1918 gültigen Höchstpreise.

Berlin, den 5. Januar 1919.

Kriegs-Hochstoff-Abteilung.

Wolffhügel.

Wird hiermit veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 12. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R.: R i e w ö h n e r.

Bei einem Pferde des Landwirts Pfl. Sauerwein zu Weisel wurde die Räube festgestellt. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet und das Heilverfahren eingeleitet.

St. Goarshausen, den 8. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R.: R i e w ö h n e r.

Unter dem Schafbestande der Gemeinde Rodern wurde die Räube festgestellt.

Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet.

St. Goarshausen, den 8. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R.: R i e w ö h n e r.

Die neue Regierung und ihr Programm.

Präsident des Reichsministeriums: Philipp Scheidemann,

Vertreter des Ministerpräsidenten und Reichsministers der Finanzen: Schiffer,

Reichsminister des Auswärtigen: Graf v. Brodorsky-Rantau,

Reichsminister des Innern: Dr. Preuß,

Reichsarbeitsminister: Bauer,

Reichswirtschaftsminister: Wissell,

Reichsernährungsminister: Robert Schmidt,

Reichsjustizminister: Lönbsberg,

Reichswehrminister, dem auch das Reichsmarineamt untersteht: Noske,

Reichskolonialminister: Dr. Bell,

Reichspostminister: Giesberts,

Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger und Gothein.

Das Programm des Reichsministeriums, das die Aufgaben der nächsten Zukunft umfaßt, ist folgendes:

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt.

Einheitliche Führung der Außenpolitik einschließlich der Außenwirtschafts-Politik.

I. Außenpolitik:

(Es folgen vier Forderungen.)

II. Innenpolitik:

1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Vorzugung bei der Befolgung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst.

2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens. Jedem Kind ist ohne Rücksicht

Beduld haben, um die anderen durch ihr Benehmen in Sorglosigkeit einzulassen.

„Der Frau Großmama geht's besser,“ sagte Frau Kraus, die alle Lust zu einem längeren Gespräch zu haben schien, näher kommend und nach allen Seiten spärende Blicke werfend. — „Nicht frisch ist sie. Ich glaub', jetzt dürft' der Herr Sohn sie schon sehen. Ich weiß auch gar nicht, warum Doktor Robinson den Herrn Hertton nicht schon gestern hat zu der alten Frau hineinfließen! Ich hab' das ganz überflüssig! Na ja — der Herr Doktor hat manchmal so besondere Sachen.“

Christa zuckte ungeduldig die Achseln; das Geschwätz interessierte sie nicht, und sie erkannte auch hier die Absicht: Man wollte sie durch das Gerede über den alten Arzt vertraulich stimmen, Frau Kraus sollte sie zum Sprechen bringen.

Doch das war vergebliche Mühe, denn Christa war viel zu klug, um in eine solche plumpe Falle hineinzugehen.

Die Frau stand unschlüssig da und sah mit einem Blick voll verstellter Bosheit auf die Schweigende.

„Das Fräulein soll' nicht so verschlossen sein!“ — sagte sie endlich. — „Wenn man denkt: So jung sein und schön und eigentlich keinen Menschen haben, der zu einem hält, das ist hart, recht hart ist's! Und mir tun Sie so leid, Fräulein! Das Beste wär' schon —“

Aber Christa Hertton wollte offenbar gar nicht hören was das Beste für sie in den Augen der Frau Kraus wäre; denn sie stand plötzlich mit einer unmutigen Bewegung auf und trat in ihrer ganzen, schlanken Größe vor die beinahe erschrockene Frau.

„Frau Kraus!“ — sagte sie anscheinend ganz ruhig, aber doch bebend in einem plötzlich aufwallenden Zornesempfinden — „ich glaube, in diesem meinem Zimmer hätte ich eigentlich das vollste Recht, einmal ungestört allein sein dürfen, und ich werde mir daher Ihre ewigen, unbetenen Besuche nicht mehr gefallen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Glücksarmband.

Roman von Rentzsch.

44 (Nachdruck verboten.)

Eine seltsame Nacht.

Allein in ihrem Zimmer sitzend, bläute Christa Hertton in dem Garten hinaus, der im Brau des Nachmittags vor ihr lag, und dessen alte Bäume sich ächzend neigten in dem auf breiten Schwingen von den Bergen in die Gassen, Höfe und Gärten der Millionenstadt sich niederschlagenden Wind. Es war ein seltsam ernstes Bild, das Stücken zum Neuerwachen sich rüstende Natur inmitten der hohen Mauern, fensterloser Feuermauern, die zu neuen, schönen, großen Häusern gehörten, hier aber sich ausnahmen wie finstere Kerkerwände.

Die Einsame seufzte leise. Ein Kerker war ja jetzt wirklich dieses Haus für sie geworden, das ihr so lange eine stille, trauliche Heimat gewesen. Rings um sie her gab es nur spärende Augen und folgten ihr beobachtende Blicke. Doktor Robinson hatte richtig schon am Vorabend zwei sonst leerstehende Zimmer des weitläufigen Hauses bezogen, die, wie alle Räume, völlig möbliert, daher jederzeit benutzbar waren. Sogar auf dem Schreibtisch stand alles bereit, als wären sie gestern erst benützt worden, denn die alte Frau Hertton hatte immer selbst all die persönlichen Schätze in Ordnung gehalten, hatte poliert und abgestaubt, Linte in die Schreibzeuge gegossen und die Betten gelüftet.

„Hier wohnen noch immer die Toten!“ — hatte sie oft mit einem seltsamen Lächeln gesagt, und Christa hatte es manchmal bei Anhören der Selbstgespräche der Großmutter wie ein unheimlicher Schauer überlaufen.

„So, das ist die Schreibtische für den Herrn Vater, da liegt die Brille und da das Seidenschmuckstück, und hier ist die Tabakdose.“

Man kam sich selber schon fast wie gestorben vor in dieser Umgebung; aus allen Ecken und Winkeln schienen

sich Hände zu strecken, die längst ausruhten von aller Tagesarbeit, und schienen Augen zu bilden, welche sich längst geschlossen für alle Zeit.

Und nun sah an demselben Schreibtisch, den einst der Großmutter „geisteriger Vater“ benützte, der gewandte, redbereitende Doktor Robinson. Er hatte auch einige seiner eigenen Möbel hergeschaffen lassen, die jedoch wie anspruchsvolle Fremdlinge erschienen zwischen den bescheidenen Gebrauchsgegenständen einer vergangenen Zeit.

Ost schritt der Herr Doktor auch mit wichtiger Miene durch das ganze Haus, klopfte an die Mauern, untersuchte jede Tür und alle Fenster, und gerade jetzt tauchte er wieder im Garten auf, wo er zum zehnten Male das kleine Lusthaus umkreiste, in welchem Hans Norbert und Christa Hertton die alte Frau ohnmächtig gefunden hatten.

Christa lächelte mit leisem Spott. „Wachte er doch suchen und schauen! Er fand sicher nichts mehr.“

Da stand die Pflegerin, die der alte Doktor Robinson besorgt hatte, wieder einmal den Kopf mit den weißen Häubchen zur Tür herein. Frau Kraus war eine ältliche unsympathische Person mit ziemlich gewöhnlichen Gesichtszügen, Witwe eines Dieners in einem Ministerium, der einst wegen einer nie ganz aufgeklärten Unterschlagungsgeheiß plötzlich entlassen worden war. Seitdem ging die Frau in Privathäuser „pflegen“ und hatte sich bereits — man wußte eigentlich nicht, wie und wodurch — einen gewissen Ruf erworben; nebenbei aber wurde allgemein behauptet, daß sie mit einem bekannten Detektiv-Bureau in steter gutgezahlter Verbindung stehe, und daß sie mit Vorliebe zu Leuten als Pflegerin gesandt werde, die in irgendeiner Hinsicht die Aufmerksamkeit der Behörden erregt hatten.

Die Pflegerin lächelte die unwillig den Kopf Wendende an.

„Fräulein haben nicht gerufen?“ fragte sie.

„Nein!“ lautete die knappe Antwort, eine Antwort wie sie Christa sehr oft am Tage geben mußte; sie durchschaute vollkommen die Gründe, die Frau Kraus immer wieder zu ihr trieben, wollte aber ruhig bleiben, wollte

nicht auf die Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksherees zum Schutze des Vaterlandes, unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensauschuss zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantinen), Urlaub und Unterbringung sowie bei Verwundungen. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899, Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Für die Weiergangszeit: Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

5. Einheitliche Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrslebens unter voller Wahrung des Reichsinteresses.

6. Rationierung und Höchstpreise der notwendigen Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, ist aufrecht zu erhalten. Die Freigabe der Lebensmittel und die Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes sicher gestellt ist. Die Einfuhr wird insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse notwendig ist.

7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, sind sie in öffentliche oder gemischt wirtschaftliche Verwaltung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der beteiligten Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiete sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutter- und Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich rechtliche und paritätische Grundlage zu legen und für die Arbeitslosen, soweit ihnen nicht Arbeit beschaft werden kann, zu sorgen.

10. Dem Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine zeitgemäße Neuordnung der Befoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Kleinbauern, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Befreiung des Genossenschaftswesens, Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Herausziehung des Großgrundbesitzes nach vorbereiteten Grundrissen, erforderlichen Falls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung.

12. Verstärkte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehrerwerbssteuer, Herabsetzung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten zur Verminderung der Schuldenlasten des Reiches. Die Einkommenbesteuerung ist tunlichst auf einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundrissen auszugestalten. Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung verschärfter Erfassung des Grundbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erbenden auszubauen.

Sicherstellung der politischen und staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübungen, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, der Wissenschaft und Kunst, der Versammlungen und Vereinigungen.

Die Nationalversammlung nach Berlin.

Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht der „Cobl. Ztg.“). Die Reichsregierung gedenkt, die notwendigen Arbeiten für die Nationalversammlung Anfang April beenden zu haben. Wenn nach Ostern ein weiterer Zusammenritt notwendig ist, soll die Nationalversammlung in Berlin tagen. Berlin ist also für die Tagung des Volkshauses in Aussicht genommen.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Paris, 13. Febr. Havas. Der oberste Kriegsrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes fest. Sie werden nicht bekanntgegeben, bevor sie Deutschland mitgeteilt sind. Das neue Abkommen wird in militärischer Hinsicht „alle wünschenswerten Bürgschaften“ enthalten. Der Eindruck ist der, daß die Alliierten in ihren Entschlüssen einer Meinung sind, sobald es gilt, wichtige Beschlüsse zu fassen.

Die Friedensbedingungen des Obersten Kriegsrats.

Paris, 14. Febr. Havas will über die Ansichten des internationalen Kriegsrates unterrichtet sein und selbst folgende Bedingungen:

1. Deutschland soll es militärisch unmöglich gemacht werden, die Feindseligkeiten wieder zu beginnen.

2. Deutschland soll erfahren, daß die Alliierten Sieger sind, und daß auch Deutschland keinen allzu glimpflichen Frieden zu erwarten habe. Im Falle, daß Deutschland um Gnade nachsuchen sollte, könnte es möglich sein, daß ihm die Entente die Wiederaufnahme der Friedensarbeit erleichtern würde.

Belgische Ansprüche.

Paris, 11. Febr. Gynans legte in der Verbandskonferenz dar, man werde durch Verhandlungen (mit Luxemburg) zu einem zufriedenstellenden Uebereinkommen gelangen. Ebenso werde Holland durch gemeinsame Abmachungen nach Deutschland hin vergrößert im Austausch gegen Gebiete, die es Belgien wieder zurückgeben werde. Die Sitzung war ganz den Ausführungen Gynans gewidmet, der die Kongofrage nicht berührte. Es fand keine Aussprache statt. Man nimmt an, daß ein Sonderauschuß zum Studium der belgischen Ansprüche ernannt wird, wie es schon früher mit anderen Gebietsfragen gehalten wurde.

Zur Verhaftung Radels.

Berlin, 13. Febr. Zur Verhaftung Radels wird des weiteren mitgeteilt, daß die große Zahl der Briefschaften und Flugblätter, die in seiner Wohnung vorgefunden und beschlagnahmt wurden, direkt erkennen lassen, daß Radel die Sache der Bolschewisten in Deutschland noch lange nicht verloren gab. Etwa im März sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer Spartakistenputsch nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich losbrechen, während gleichzeitig das Bolschewistenheer gegen die deutsche Ostgrenze vorgeht.

Radel ging in allen möglichen Verkleidungen, auch in deutschen Uniformen. Mit ihm wurden seine Sekretärin und seine Stenotypistin verhaftet.

Die Lebensmittelverteilung.

London, 14. Febr. (Eigene Drahtnachricht der „Cobl. Ztg.“). Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Kopenhagen als Zentrum für die Verteilung von Lebensmitteln an Nord- und Mitteleuropa erwählt. Die ersten Sendungen werden nach Finnland und Polen gesandt werden, da diese Länder es am meisten nötig hätten.

Bayerische Empörung über Eisner.

München, 13. Febr. Die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“ schreibt: „Die neueste Aufführung Eisners in Bern veranlaßt uns, die provisorische Regierung in aller Form zu fragen, wie lange sie noch dem schändlichen und gemeingefährlichen Treiben dieses Narren oder Verbrechers untätig zusehen will. Ganz Bayern, ganz Deutschland sind einzig in der Verurteilung des widerlichen Auftretens Eisners. Die Regierung kann möglich die Ausrede vorschützen, daß Eisner nicht Mitglied der Regierung, sondern als unabhängiger Sozialist in Bern weilte. Erst recht kann sie dem bayerischen Volke nicht zumuten, daß Eisner noch einmal Gelegenheit bekommt, die Fäden der Regierung zu führen.“

Duisburg besetzt.

Duisburg, 14. Febr. (Eigene Drahtnachricht der „Cobl. Ztg.“). Wie unser Privatkorrespondent erfährt, ist Duisburg von den belgischen Truppen besetzt worden, weil dort Unruhen ausgebrochen sind.

In Hamburg.

Hamburg, 13. Febr. Als gestern nachmittag die in Wilhelmshaven wegen Plünderung des Güterbahnhofes verhafteten Personen im Automobil nach Harburg gebracht werden sollten, kam es zu wilden Ausschreitungen, wobei ein Gendarmmerewachmeister durch Stiche mit einem Seitengewehr und durch Schläge schwer verletzt wurde. Nachdem die Gefangenen fortgeschafft waren, stürzte sich die Menge auf die Wache, überfüllte die schwache Mannschaft und schlug alles kurz und klein. Lebensmittel, die von der Beschlagnahme herrührten und auf der Wache untergebracht waren, wurden geraubt. Darauf zerstreuten sich die Plünderer. Heute wird der Einmarsch von Militär in Wilhelmshaven erwartet.

Ebert bestohlen.

Daß auch die Volksbeauftragten nicht von gewissen Schikanen des Daseins verschont werden, beweist ein Beispiel, das sich vor einigen Tagen in der Reichskanzlei abgespielt hat. Es erschien ein Herr in Uniform, der den Volksbeauftragten Ebert dringend zu sprechen wünschte. Nach einer kurzen Wartezeit wurde er vorgelassen. Als er sich empfahlen hatte und auch Ebert das Bedürfnis empfand, sein Amtszimmer zu verlassen, mußte er zu seinem Schreck wahrnehmen, daß aus dem Vorzimmer sowohl sein schöner Seppel wie sein neuer Hut und sein wertvoller Spazierstock verschwunden waren. Kein anderer als der Mann in Uniform kann der Dieb gewesen sein.

Vorschläge auf die Versorgungsgebühren.

1. Infolge Unterbindung des Postverkehrs mit den vom Feinde besetzten deutschen Gebieten besteht für diejenigen Empfänger von Versorgungsgebühren usw., die jenes Gebiet verlassen und in den Bezirken anderer Pensionsregelungsbehörden Wohnung genommen haben, keine Möglichkeit, ihre Versorgungsgebühren usw. in der bisherigen Weise zu empfangen. 2. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten wird die Gen.-Mil.-Kasse (M. P. K.) angewiesen werden, den vorstehend näher bezeichneten Empfängern auf Antrag Vorschläge auf die fälligen Gebühren u. s. w. zu zahlen. 3. Solche Anträge sind zu richten: a) seitens der pensionierten Offiziere und Beamten an die Pensionsabteilung; b) seitens der Empfänger von Invalidenpensionen und Militärrenten an die Rentenabteilung; c) seitens der Hinterbliebenen von Militärpersonen an die Versorgungsabteilung für Hinterbliebene. 4. Die Anträge müssen enthalten: a) Namen (Vor- und Nachname, bei Witwen auch Mädchennamen); b) letzten Dienstgrad (des Empfängers, bei Hinterbliebenen des verstorbenen Mannes oder Vaters); c) bisherige Wohnung; d) zuletzt zuständig gewesene Pensionsregelungsbehörde; e) zuletzt zuständig gewesene zahlende Postanstalt; f) bisherige Stammlisten-Nr. u. Katasterzeichen; g) Höhe der betr. monatlichen Gebühren (einzelne Sätze getrennt aufgeführt); h) Angabe, bis zu welchem Zeitpunkt die Gebühren usw. empfangen sind; i) Erklärung, daß eine Vollmacht zur Weitererhebung der Gebühren in dem früheren Wohnort durch Angehörige usw. nicht erteilt worden ist; j) jetzigen Aufenthaltsort unter genauer Wohnungsangabe. Renten- usw. Bescheid, Rentenbuch, Militärpaß sind mit vorzulegen. 5. Auf mehrfache Anfragen wird im übrigen bemerkt, daß nach dem linken Rheinufer — ausgenommen Rheinpfalz — und nach den rechtsrheinischen Brückengebieten grundsätzlich nur Pakete und Wertbriefe gesendet, alle anderen Postsendungen aber zugelassen sind. Allerdings ist dieser Grundsatz verschiedentlich, insbesondere im Verkehr mit Wiesbaden, vom Gegner nicht innegehalten worden. Hinsichtlich des Postverkehrs nach Elsaß-Lothringen ist es zur Zeit völlig ungewiß, ob und wann er wieder zugelassen werden wird. Es befinden sich gegenwärtig die Versorgungsämter 8. A.-K., Coblenz, 15. A.-K. Kassel, 16. A.-K. im Koblitz (Anhalt), 18. A.-K. in Frankfurt a. M., 16. A.-K. in Saarbrücken. 6. Das Kriegsministerium erucht, für möglichst weitgehende Verbreitung in der für die beteiligten Kreise in Betracht kommende Presse Sorge zu tragen.

Der Kriegsminister. Im Auftrage: Graf von Schmettow.
Der Unterstaatssekretär: Böhre.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 15. Februar.

? ? Taumetter. Die Kälte ist gebrochen. Nachdem sich gestern der Wind gedreht, ist die Temperatur ganz erheblich gestiegen, und es ist Taumetter eingetreten. Der blaue Himmel der letzten Tage hat sich wieder mit einem bleiernen Grau überzogen und es hat den Anschein als ob uns noch viel Regen oder Schnee bevorsteht.

(1) Versammlungen. Am Sonntag finden dahier zwei Versammlungen statt, die sich hoffentlich je eines guten Besuchs erfreuen dürften. Es ist dies die Versammlung des Obst- und Gartenbauvereins um 3½ Uhr im Hotel Weiland, in der Herr Gärtner Schaper einen ebenso lehrreichen wie interessanten Vortrag halten wird. Jeder Mann ist hierzu freundlichst eingeladen. Die zweite Versammlung hält der Milchschaf-Zuchtverein im Hotel „Kaiserhof“ ab und sind auch hier außer den Mitgliedern alle Freunde der Zucht von Milchschafen willkommen. Da letzter Verein seit längerer Zeit nicht mehr zu einer Versammlung zusammengetreten war, dürfte mancher wichtige Punkt zu erledigen sein.

:: Französischer Sprachkursus. Alle diejenigen, welche die französische Sprache zu erlernen wünschen, werden auf den am Montag beginnenden Unterrichtskursus im hiesigen Gymnasium hingewiesen.

Braubach, den 15. Februar.

(1) Kriegerbeerdigung. Unter großer Beteiligung der Bürgerschaft und auswärtiger Bekannten wurde am Mittwoch der Gerichtsreferendar und Leutnant d. Res. Hans Benner, Sohn des Herrn Postverwalters Benner, zur letzten Ruhe geleitet. Auf dem herrlich gelegenen Martinsriedhof fand er seine letzte Ruhestätte, beweint von seinen Angehörigen und betrauert von allen, die ihn kannten. Wohlthuend klangen die Trauergesänge des Quartettvereins weit über die Gräber hinaus. Herr Pfarrer Lehnhäuser hielt die Gedächtnisrede. Von den militärischen Vereinen und dem Turnverein wurden Kränze niedergelegt. — Einer auf dem Schlachtfeld von Reims zugezogenen heimtückischen Krankheit erlag der Verstorbene im Reservelazarett Gießen im zarten Alter von 26 Jahren. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Höchst besuchte er die Universitäten Bonn, Grenoble (Frankreich) und Marburg.

m. Filsen, 14. Febr. Am Sonntag wird dahier ein braver junger Mann, der 17 Jahre alte Karl Aug. Kengel, beerdigt, der auf sonderbare Weise sein Leben lassen mußte. Kengel war mit einer Handkarre nach Camp zum Pahnhof gefahren, um Bricketts zu holen und bei der Rückfahrt kam der schwer beladene Karren auf der schrägen Rhinhofstraße ins Rollen, geriet von der Straßennitte ab und drückte den Kengel so gegen eine Wand, daß er schwer verletzt wurde und daran starb.

Gottesdienst-Ordnung in Oberlahnstein.

in der Pfarrkirche zum hl. Marius.

Sonntag Septuagesima, den 16. Februar 1919.

6½ und 7 Uhr hl. Messen; 7½ Uhr: Gymnasialmesse (Frühmesse), 9 Uhr Schulmesse mit Predigt. 10½ Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 2 Uhr Kirchenlehre. 4 Uhr Versammlung der Mitglieder des christlichen Männervereins mit Vortrag in der Pfarrkirche.

Gottesdienst-Ordnung der evangelischen Gemeinde.

Sonntag, den 16. Februar 1919. Septuagesima.
1½ 10 Uhr Predigtgottesdienst 1½ 11 Uhr Abendgottesdienst.
Uhr Frauenchor.

Gottesdienst-Ordnung in Niederlahnstein.

Sonntag, den 16. Februar 1919.

6½ Uhr Frühmesse in der Barbarakirche, Generalkommunion der Marian. Kongregation. 1½ 8 Uhr Abendgottesdienst in der Johanniskirche. 9 Uhr hl. Messe in der Barbarakirche. 9½ Uhr Hochamt und Predigt in der Johanniskirche. Nachmittags 1 Uhr sakramental. Andacht. 3 Uhr Andacht und Predigt in der Johanniskirche für die Marian. Kongregation.

Nach dem Hochamt Versammlung des Männergesangsvereins. Dienstag und Freitag nachmittags 3 Uhr Andacht um den Frieden in der Johanniskirche. Mittwoch abends 7½ Uhr in der Barbarakirche.

Gottesdienst-Ordnung in Braubach.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 16. Februar 1919. Septuagesima.
Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmitt. 1 Uhr Kirchengottesdienst. 4 Uhr 30 M. Jungfrauenverein.

Katholische Kirche.

Sonntag den 16. Februar 1919. Septuagesima.
6½ Uhr Frühmesse 9 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 1 Uhr sakramentalische Andacht.

Gedenkt der hungernden Vögel.

